

Sankt Augustin, 16.10.2026

Stellungnahme der Landeselternkonferenz NRW zu den Sparvorschlägen in Paderborn

Kommunale Sparpläne dürfen nicht zulasten der Bildungschancen von Kindern gehen

Die Landeselternkonferenz NRW beobachtet mit Sorge, dass angesichts angespannter kommunaler Haushalte in zahlreichen Städten und Gemeinden höhere Elternbeiträge und Einsparungen bei Angeboten für Kinder und Familien erwogen werden. **Paderborn ist dafür ein aktuelles Beispiel:** Dort hat das Beratungsunternehmen PD Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung vorgelegt. Genannt werden unter anderem eine Erhöhung der Kita- und OGS-Beiträge um 15 Prozent sowie höhere Beiträge für Geschwisterkinder. Auch höhere Eintrittspreise für Bäder und die Schließung eines Hallenbads stehen laut Berichterstattung im Raum. Die Vorschläge sind noch keine beschlossenen Maßnahmen; die politische Beratung steht bevor.

Besonders heikel für Familien ist folgendes Rechenbeispiel: Eine Familie mit drei Kindern in der OGS mit mittlerem Einkommen zahlt nach den Vorschlägen statt 100 Euro rund 230 Euro im Monat – ein Anstieg um etwa 130 Prozent durch die Kombination aus Beitragserhöhung und neuer Geschwisterregelung.

Paderborn ist jedoch nicht allein. Auch in anderen nordrhein-westfälischen Kommunen werden höhere Kita- und OGS-Beiträge oder Änderungen bei Geschwisterermäßigungen diskutiert. In Willich etwa stand die Abschaffung der Beitragsfreiheit für Geschwisterkinder zur Debatte; in Voerde wurden deutliche Erhöhungen der OGS-Beiträge vorgeschlagen. Das zeigt: Es geht nicht um einen Einzelfall, sondern um eine Entwicklung, die Familien in vielen Kommunen betreffen kann.

Die Landeselternkonferenz erkennt nicht, dass Kommunen vor schwierigen finanziellen Entscheidungen stehen. Doch wenn bei frühkindlicher Bildung, Betreuung, Verpflegung und Teilhabe gespart wird, treffen die Folgen besonders Kinder aus Familien mit geringem Einkommen. Damit drohen sich bestehende Unterschiede bei den Bildungschancen weiter zu vergrößern.

Bildungschancen und soziale Herkunft

Der aktuelle PISA-Bericht unterstreicht die Dringlichkeit: In Deutschland erreicht rund ein Drittel der Jugendlichen in Lesen und Mathematik nicht das grundlegende Kompetenzniveau. Zugleich ist der Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg besonders stark. Laut dem deutschen PISA-Projektleiter gehören nur etwa zwei von 100 Jugendlichen aus sozial benachteiligten Familien zur Leistungsspitze – bei Jugendlichen aus privilegierten Familien sind es etwa 25 von 100.

Vor diesem Hintergrund ist es problematisch, wenn steigende Kosten Familien dazu bringen, Betreuungs- und Bildungsangebote seltener oder gar nicht mehr zu nutzen. Kitas sind wichtige Bildungsorte: Kinder entwickeln dort ihre sprachlichen und sozialen Fähigkeiten, werden in ihrer Entwicklung begleitet und können frühzeitig Unterstützung erhalten. Werden Kita-Besuche für Familien spürbar teurer, könnten gerade Kinder, die von früher Sprachbildung, Förderung und dem frühzeitigen Erkennen von Förderbedarfen besonders profitieren, den Zugang zu diesen Angeboten verlieren.

Auch die Abschaffung oder Einschränkung von Geschwisterermäßigungen kann Familien mit mehreren Kindern erheblich belasten. Solche Entlastungen sind nicht nur eine Frage der Familienfinanzen, sondern auch des gleichberechtigten Zugangs zu Bildung und Betreuung.

Gesundes Mittagessen sichern

Sorgen bereiten uns ebenso Kürzungen bei Zuschüssen zum Mittagessen oder steigende Beiträge für die Verpflegung. Wenn Eltern das Essen nicht mehr bezahlen können, besteht die Gefahr, dass Kinder nicht mehr regelmäßig an der gemeinsamen Mahlzeit teilnehmen. Dann könnten sie auf günstigere, aber weniger ausgewogene Alternativen ausweichen. Eine verlässliche und gesunde Verpflegung sollte für Kinder nicht vom Einkommen ihrer Eltern abhängen.

Schwimmen, Lesen und Teilhabe

Auch höhere Gebühren für Schwimmbäder oder Büchereien können Familien mit knappem Budget davon abhalten, diese Angebote zu nutzen. Schwimmen bedeutet Bewegung und vermittelt eine wichtige Sicherheitskompetenz. Studien zeigen, dass Kinder aus sozial benachteiligten Familien seltener schwimmen können als Kinder aus privilegiierteren Haushalten. Wenn der Zugang zu Schwimmbädern teurer wird oder Angebote wegfallen, droht sich diese Ungleichheit weiter zu verschärfen.

Büchereien bieten Kindern einen vergleichsweise niedrigschwelligen Zugang zu Büchern, Wissen und Leseförderung. Werden sie für Familien weniger erschwinglich oder schlechter erreichbar, verlieren besonders jene Kinder wichtige Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten, die zu Hause nur begrenzt auf Bücher und andere Bildungsressourcen zugreifen können.

Die Landeselternkonferenz NRW sieht deshalb mit Sorge, dass kommunale Konsolidierungsmaßnahmen immer wieder Angebote betreffen, die für Kinder und Familien besonders wichtig sind. Haushaltsentscheidungen haben konkrete Folgen für den Alltag und die Zukunftschancen von Kindern. Diese Folgen müssen in der öffentlichen und politischen Debatte sichtbar bleiben. Denn der Zugang zu Bildung, gesunder Ernährung und gesellschaftlicher Teilhabe darf nicht zunehmend vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

Für den Vorstand

Hinrich Pich

Tabelle von Kommunen mit geplanten Einsparungen

Kommune	Was ist geplant oder beschlossen?	Einordnung
Paderborn	Vorgeschlagen wurden unter anderem eine Erhöhung der Kita- und OGS-Beiträge um 15 Prozent sowie höhere Beiträge für Geschwisterkinder.	Sparvorschläge des Beratungsunternehmens; noch keine abschließende politische Entscheidung.
Duisburg	Die Stadt plant, im offenen Ganzttag wieder Elternbeiträge zu erheben; als Höchstbetrag werden 242 Euro genannt.	Teil eines längerfristigen Spar- und Haushaltskonzepts.
Herford	Die OGS-Gebühren sollen ab Sommer 2027 deutlich steigen; bei den Kita-Beiträgen sind höhere Belastungen für Spitzenverdienende vorgesehen.	Als Plan der Stadt berichtet; Details und Beschlusslage sollten vor einer Veröffentlichung nochmals geprüft werden.

Kommune	Was ist geplant oder beschlossen?	Einordnung
Rödinghausen	Die OGS- und Randstundenbeiträge werden zum Schuljahr 2027/28 angepasst.	Die Erhöhung ist angekündigt; die Gemeinde begründet sie mit gestiegenen Personal-, Sach- und Betriebskosten.
Voerde	Vorgeschlagen wurden höhere Kita- und OGS-Beiträge, Änderungen der Einkommensstaffelung und eine Einschränkung der Geschwisterermäßigung.	Die Pläne wurden in die politischen Gremien eingebracht; die vorgesehenen Änderungen sollen nach der Berichterstattung ab August 2027 gelten.
Kleve	Eine OGS-Reform mit bis zu 40 Prozent höheren Beiträgen, geringerem Geschwisterbonus und zusätzlichen Kosten für die Ferienbetreuung wurde diskutiert.	Die Reform wurde zunächst verschoben und soll überarbeitet werden.
Kevelaer	Über den Wegfall oder eine Einschränkung der Geschwisterermäßigung bei Kita-Beiträgen wurde beraten.	Die Regelung blieb zunächst bestehen; verschiedene Varianten standen zur politischen Entscheidung.
Emmerich	Die Beitragsfreiheit für dreijährige Kita-Kinder sollte ab Sommer 2027 entfallen; außerdem sollte der Geschwisterbonus gekürzt werden.	Als beschlossene Änderung von WDR berichtet.
Kreis Düren	Für Kitas und Kindertagespflege im Zuständigkeitsbereich des Kreisjugendamts wurden einkommensabhängige Beiträge ab August 2026 beschlossen. Für Einkommen bis 50.000 Euro bleiben die Angebote beitragsfrei; darüber liegen die Beiträge laut Kreis zwischen 80 und 510 Euro monatlich.	Beschlossen; die Regelung gilt nicht für die Stadt Düren.
Recklinghausen, Bochum, Oberhausen und Lünen	Berichtet wurde über höhere Kosten für Kita- bzw. OGS-Mittagessen.	Die konkreten Umsetzungsstände unterscheiden sich je Kommune; WDR berichtete über geplante bzw. eingeführte Erhöhungen.
Holzwickede	Eine Erhöhung der OGS-Gebühren wurde geplant.	Als Planung berichtet; der konkrete aktuelle Beschlussstand ist aus den verfügbaren Angaben nicht eindeutig.